

**Beschluss  
des Bundesfachausschusses  
Innenpolitik und Integration der CDU Deutschlands  
vom 1. Dezember 2011**

**Politisch motivierte Brandanschläge –  
Linksextremistische Gewalt nachhaltig bekämpfen!**

**1. Hintergrund**

Die Zahl und die Qualität der politisch motivierten Brandanschläge der jüngsten Vergangenheit entwickeln sich besorgniserregend. 121 linksextremistische Organisationen und etwa 6 600 gewaltbereite Linksextremisten zählten deutsche Sicherheitsbehörden im vergangenen Jahr. Brandanschläge auf Kraftfahrzeuge haben insbesondere in Berlin deutlich zugenommen. Offenbar handelt es sich zum einen um politisch motivierte Delikte mit einem linksextremistischen Hintergrund. Allein in diesem Jahr werden in Berlin mehr als 150 Autobrände als politische Straftaten eingestuft. Zum anderen liegen Erkenntnisse vor, die auf willkürlichen Vandalismus hindeuten. Ziel der Brandanschläge waren in der Vergangenheit hauptsächlich hochwertige Luxusautomobile. Bei den aktuellen Fällen ist jedoch eine Ausweitung auf alle Fahrzeugklassen feststellbar. Diese Taten drohen das Sicherheitsgefühl der gesamten Bevölkerung stark zu beeinträchtigen, da mittlerweile jedermann Opfer eines solchen Brandanschlages werden könnte.

Auch die im Oktober 2011 auf Bahnstrecken in Berlin und Brandenburg verübten Brandanschläge sind ein Weckruf für unsere wehrhafte Demokratie. Im gesamten Streckenbereich wurde eine Vielzahl von Brandvorrichtungen an Kabelschächten von Bahnanlagen der Deutschen Bahn festgestellt. Glücklicherweise kam es in den meisten Fällen nicht zur Explosion. Erschreckend ist, dass diese Brandsätze offenbar flächendeckend und systematisch verteilt worden sind. Ein Selbstbeichtigungsschreiben einer linksextremistischen Gruppierung liegt vor. Demnach wurden die Taten aus einer antimilitaristischen Motivation heraus begangen. Durch die notwendigen Einschränkungen des Fahrbetriebes kam es zu erheblichen Beeinträchtigungen des Bahnverkehrs und wirtschaftlichen Schäden. Der Generalbundesanwalt hat am 12.

Oktober 2011 u. a. ein Ermittlungsverfahren gem. § 88 StGB (Verfassungsfeindliche Sabotage) eingeleitet und das BKA mit den polizeilichen Ermittlungen beauftragt.

Die flächendeckenden Brandanschläge auf Bahnanlagen belegen einmal mehr die Zerstörungswut und die hohe Gewaltbereitschaft von Linksextremisten. Erschreckend ist, dass dabei die Gefährdung für Leib und Leben von Reisenden und Beschäftigten der Deutschen Bahn in Kauf genommen wird. Das ist eine neue Qualität der Gewalt. Darüber hinaus bewirken derartige Sabotageakte enorme wirtschaftliche Schäden. Es besteht die Gefahr, dass linksextremistische Kreise auch über Berlin hinaus die begangenen Brandanschläge zum Vorbild und Anlass nehmen, weitere gleichgelagerte Taten zu begehen. Insbesondere die strukturierte Begehungsform sowie die Art und Qualität der Sabotageakte gegen Bahnanlagen weisen erste Anzeichen für eine mögliche linksterroristische Entwicklung auf.

## 2. Forderungen

Auch wenn die Brandanschläge auf Kraftfahrzeuge und Bahnanlagen mit unterschiedlichen Begründungszusammenhängen verübt wurden, dokumentieren sie doch eine ernstzunehmende dynamische Entwicklung von linksmotivierten Straftaten, die viel zu lange verharmlost wurde. Gerade bei der Zunahme politischer Gewaltkriminalität ist ein frühzeitiges und konsequentes Einschreiten unbedingt erforderlich und für die weitere wirkungsvolle Bekämpfung oftmals entscheidend.

Der Bundesfachausschuss Innenpolitik und Integration der CDU fordert, dass die linksextremistische Szene verschärft von den Sicherheitsbehörden beobachtet wird, damit sich Linksextremisten keinesfalls in Sicherheit wiegen können. Im Kampf gegen diese verfassungsfeindlichen Gewaltstrukturen fordert der Bundesfachausschuss Innenpolitik und Integration der CDU im Einzelnen:

- Für das Phänomen der Brandanschläge steht derzeit kein aktuelles spezifisches Lagebild zur Verfügung. Aus diesem Grund ist die **Erstellung eines bundesweiten Lagebildes** notwendig, das die gegenwärtige Situation in den Ländern zu den Taten, den Tätern und deren Motiven analysiert. Auf Basis dieser differenzierten Analyse gilt es, zeitnah gemeinsame Bekämpfungsansätze der Sicherheitsbehörden zu entwickeln.

- Die im November 2010 von der Innenministerkonferenz beschlossene „Gesamtkonzeption zur Bekämpfung der politisch motivierten Kriminalität links / des gewaltorientierten Linksextremismus“ ist konsequent umzusetzen und im Lichte der jüngsten Brandanschläge fortzuentwickeln. Dabei bilden **operative Maßnahmen von Polizei und Verfassungsschutz** einschließlich des Einsatzes verdeckter Ermittler einen unverzichtbaren Bestandteil, um die klandestinen Strukturen gewaltbereiter linksextremistischer Gruppierungen zu infiltrieren und mögliche Anschläge verhindern zu können.
- Die gesamtgesellschaftliche Aufklärungs- und Präventionsarbeit muss den politischen Extremismus in all seinen Facetten erfassen. Zu begrüßen ist, dass seitens der Bundesregierung die **Förderung von Präventionsprojekten** bezogen auf den Linksextremismus in den letzten Jahren verbessert werden konnte. Diese Ansätze müssen im Lichte der jüngsten Gefährdung durch linksextremistische Gewalttäter weiter ausgebaut werden, um den Schutz von Jugendlichen und Heranwachsenden nicht nur gegen rechts-, sondern auch gegen linksextremistische Einflüsse zu erhöhen.